

28.8.68/BK/bz

STRENG VERTRAULICH

Nationalrätliche Kommission für auswärtige Angelegenheiten
Ständerätliche Kommission für auswärtige Angelegenheiten

P r o t o k o l l
der

ausserordentlichen, den Vorgängen in der Tschechoslowakei gewidmeten Sitzung vom 23. August 1968 in Bern, Parlamentsgebäude, Zimmer III.

Vorsitz:

Herr Nationalrat Hofer (Bern)

Anwesend sind:

die Herren Nationalräte Aebischer (Freiburg), Arnold, Broger, Cadruvi, Chevallaz, Degen, Eggenberger, Favre-Bulle, Hummler, Schaller, Tschäppät, Vontobel, Wenger,

die Herren Ständeräte Borel, Choisy, Graf, Luder, Lusser, Pradervand, Reimann, Vogt, Wipfli.

Entschuldigt abwesend:

die Herren Nationalräte Baechtold (Lausanne), Déonna, Furgler, Korner, Renschler,

die Herren Ständeräte Torche, Stefani.

Ausserdem sind anwesend:

die Herren Bundespräsident Spühler, Vorsteher des Politischen Departements, Botschafter Micheli, Generalsekretär des Politischen Departements, Oberstkorpskommandant Gygli, Generalstabschef, Botschafter Thalmann, Chef der Abteilung für internationale Organisationen.

Aufzeichnung:

Dr. Blankart, Sekretär des Departementsvorstehers.



- 2 -

Traktandenliste:

1. Militärische Beurteilung der Lage durch den Generalstabschef
2. Politische Beurteilung der Lage durch den Bundespräsidenten
3. Aussprache

Beginn der Sitzung: 15.05

Herr Hofer eröffnet die Sitzung und begrüsst nebst den Mitgliedern der beiden Kommissionen namentlich Bundespräsident Spühler, Generalsekretär Micheli, Generalstabschef Gygli und Botschafter Thalman. Die Gründe für die Einberufung der beiden Kommissionen sind klar: Zunächst ist es sachlich gerechtfertigt, dass die aussenpolitischen Kommissionen von kompetenter Seite umfassend über die Vorgänge in der Tschechoslowakei und deren Rückwirkungen auf die Schweiz orientiert werden; sodann hat diese Einberufung in unserm von einhelliger Empörung durchdrungenen Land auch eine psychologische Bedeutung. Bekanntlich hat Nationalrat Gerwig vorgeschlagen, das Parlament zu einer ausserordentlichen Sitzung einberufen zu lassen, eine Massnahme, die von der Mehrheit der Ratsmitglieder wohl als unzweckmässig erachtet werden dürfte. Die heutige Sitzung erhält damit den Charakter einer Ersatzmassnahme. - Wir treffen uns in einer dramatischen und tragischen Stunde der Weltgeschichte. Nachdem wir alle die Nachrichten der letzten Tage mit Ergriffenheit vernommen haben, haben wir als freiheitsbewusste Schweizer allen Grund, uns mit dem tschechoslowakischen Volke verbunden zu fühlen, einem Volke, das innerhalb einer einzigen Generation dreimal vergewaltigt worden ist, durch das nationalsozialistische Deutschland vor 30 Jahren, durch das stalinistische Russland vor 20 Jahren und nun wiederum durch die nachstalinistischen Machthaber der heutigen Sowjetunion. Wir sind, eine Illusion verlierend, um eine tragische Erfahrung reicher geworden.

1. Militärische Beurteilung der Lage durch den Generalstabschef.

Herr Gygli äussert sich wie folgt:

I. Lagebeurteilung:

Die Lage in der CSSR am 22.8., 24.00, ist noch immer verworren. Die Besetzung durch sowjetische, ostdeutsche, polnische, ungarische und bulgarische Truppen dürfte indessen vor dem Abschluss stehen. In der CSSR sind Teile von mindestens 20 Divisionen der Landstreitkräfte, 2 sowjetische Luftlandedivisionen und taktische Fliegerverbände von 4 sowjetischen Frontluftarmeen eingesetzt. Die Beteiligung von Bulgarien und Ungarn an der Aktion gegen die CSSR hat lediglich symbolischen Charakter. Im Süden von Ostdeutschland und in Schlesien stehen sowjetische Verbände als operative Reserve bereit.

Truppenbewegungen in Ostdeutschland lassen auf die Heranführung neuer sowjetischer Verbände schliessen. In Ostdeutschland werden ferner Reservisten eingezogen.

Die Ueberwachung der tschechoslowakischen Grenze mit der Bundesrepublik Deutschland und mit Oesterreich haben zum grossen Teil sowjetische Truppen übernommen. Zu Flüchtlingsbewegungen ist es nicht gekommen. Die tschechoslowakisch-österreichische Grenze ist für den Einreiseverkehr gesperrt. Von dieser Regelung ausgenommen sind tschechoslowakische Staatsbürger, die nach Hause zurückkehren wollen.

Das österreichische Bundesheer ist in Alarmbereitschaft. Die Urlauber wurden zurückgerufen, und die Truppe ist in den Unterkünften einsatzbereit. Garnisonen auf einer Linie von ca. 30 km hinter der tschechoslowakischen Grenze wurden verstärkt.

Sowohl die deutsche Bundeswehr als auch weitere Teile der NATO-Truppen sind in erhöhter Bereitschaft.

Auch Schweden hat seine militärische Bereitschaft verstärkt. Die getroffenen Massnahmen erstrecken sich auf die Nachrichtenbeschaffung, die Ueberwachung von Küsten- und Grenzabschnitten sowie die Einsatzbereitschaft bei Verletzung des Luftraumes und der Territorial-

- 4 -

gewässer.

Rumänien trifft Mobilmachungsvorbereitungen. Jugoslawische Truppen unbekannter Stärke sollen die jugoslawisch-rumänische Grenze in Richtung Bukarest überschritten haben. Es ist noch nicht bekannt, ob die jugoslawischen Truppen lediglich an der Parade teilnehmen werden, die anlässlich des Nationalfeiertages (23.8.) durchgeführt wird, um damit die Solidarität zu bezeugen, oder ob sie zur Verstärkung der rumänischen Streitkräfte bestimmt sind.

Mit Sicherheit ist zu erwarten, dass die CSSR durch die Sowjets, wenn nötig mit grösster Härte, diszipliniert und auf die Moskauer Linie zurückgeführt wird. Ausserdem ist zu erwarten, dass inskünftig sowjetische Truppen in der CSSR stationiert sein werden.

Mit einiger Wahrscheinlichkeit ist zu erwarten, dass nach der Disziplinierung der CSSR auch Rumänien erneut auf die Moskauer Linie gezwungen werden soll. In diesem Fall ist anzunehmen, dass die Sowjets erneut ihre Ziele zuerst mit Druckmitteln zu erreichen suchen. Sollten diese jedoch nicht genügen, ist mit einer militärischen Aktion zu rechnen.

Wenig wahrscheinlich ist ein sowjetischer Versuch, auch noch Jugoslawien zu disziplinieren, das durch seine geographische Lage und Geländeverhältnisse gegenüber den Satellitenstaaten bevorzugt ist.

Ausser Protesten sind auch bei weiteren militärischen Aktionen der Sowjetunion innerhalb des Ostblocks von westlicher Seite keine Reaktionen zu erwarten

Nach erfolgter Disziplinierung der CSSR und allenfalls von Rumänien, könnte von sowjetischer Seite versucht werden, Westberlin dem kommunistischen Machtbereich einzugliedern. Ob eine Aktion gegen Westberlin einen bewaffneten Konflikt mit der NATO zur Folge hätte, ist nicht mit absoluter Bestimmtheit vorauszusagen. Angesichts der Entfremdung zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und den westeuropäischen Staaten, dem US Engagement in Südostasien, den grossen sozialen Spannungen in Amerika und der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen erscheint es zum mindesten nicht ganz ausgeschlossen, dass daraus kein grösserer Konflikt entsteht.

Denkbar ist auch ein sowjetischer Versuch, unter dem Vorwand, aus Gründen der Sicherheit dazu gezwungen zu sein, wieder Teile von Oesterreich zu besetzen. Sofern sich Oesterreich einem derartigen Ansinnen energisch und nötigenfalls militärisch widersetzt, ist mit einer westlichen Reaktion und einem Konflikt grösseren Ausmasses zu rechnen.

Höchst unwahrscheinlich ist ein sowjetischer Vorstoss in Richtung Westen mit dem Ziel, Westeuropa unter sowjetische Kontrolle zu bringen. Ein Vorstoss gegen Westen hätte mit Sicherheit den dritten Weltkrieg zur Folge.

II. Eigene militärische Massnahmen:

Abgesehen von einer Intensivierung der Nachrichtenbeschaffung drängten sich bisher keine eigenen militärischen Massnahmen auf. Sie sind so lange nicht nötig, als die Ereignisse den Charakter einer Lagebereinigung innerhalb des Warschauerpaktes beibehalten. Erst Anzeichen, die ein Uebergreifen der Gewalttätigkeiten auf Westeuropa als wahrscheinlich erkennen liessen, würden uns zur Auslösung vorsorglicher Massnahmen veranlassen. Sollten Truppen des Ostblocks den Eisernen Vorhang überschreiten, müsste unverzüglich die Allgemeine Kriegsmobilmachung angeordnet werden. Je nach Entwicklung der Lage im Innern des Landes könnte die zunehmende Ueberlastung der Polizei eine Unterstützung durch Truppen bei Ordnungsaufgaben erfordern.

Als Ergänzung dieser Lagebeurteilung seien aus einer völlig verlässlichen Nachrichtenquelle folgende vier Punkte beigefügt:

1. Gelingt es den Sowjets nicht, eine zivile Regierung in der Tschechoslowakei bilden zu lassen, so werden sie härteste Massnahmen treffen (Militärregierung); hierbei können Protestaktionen von Seiten des Westens eine verzögernde Wirkung haben.
2. In und um Berlin ist die Lage ruhig.

3. Das NATO-Kommando Europa-Mitte hat keinen "simple alert" durchgegeben.
4. Die Entwicklung in Rumänien wird mit voller Aufmerksamkeit zu verfolgen sein.

Herr Hofer dankt für diese präzisen Informationen und eröffnet die Diskussion.

Herr Schaller: Eben aus Wien zurückgekehrt, möchte ich ergänzend beifügen, dass nach Meldungen von Augenzeugen der sowjetische Nachschub äusserst schlecht organisiert sein soll. Die Soldaten leiden an Hunger und haben, wie eben vom Rundfunk zu vernehmen war, begonnen, Läden zu plündern.

Herr Hofer: Trifft es zu, dass die sowjetische Intervention den Eindruck einer eher improvisierten Unternehmung hinterlässt?

Herr Gygli: Vom militärischen Standpunkt aus beurteilt, scheint die Intervention mustergültig vorbereitet worden zu sein.

Herr Broger: Die Machtlosigkeit der Westmächte erhält einen um so tragischeren Aspekt, als die NATO seit einiger Zeit schon mit einer sowjetischen Intervention gerechnet haben soll.

Herr Vontobel: Der Generalstabschef hat angedeutet, dass westliche Protestaktionen eine gewisse verzögernde Wirkung haben können. Hierbei scheint mir von Bedeutung zu sein, auf welcher Ebene diese Aktionen durchgeführt werden, ob von den Bundesbehörden, den Gemeinden oder vom Volk selbst.

Herr Gygli: Dies ist eine Frage der politischen Lagebeurteilung. Wenn sie mir selbst schon gestellt wird, so möchte ich als Generalstabschef antworten, dass die Nichtunterzeichnung des Atomsperrvertrages eine wirkungsvolle und angemessene Protestaktion darstellen würde.

- 7 -

Herr Hofer: Wie erklärt man sich die Tatsache, dass die Tschechoslowakei so sehr hat überrascht werden können?

Herr Gygli: Diese Frage wird in der nächsten Zeit nicht zu beantworten sein, dies um so weniger, als ab heute Nacht mit einer merklichen Abnahme der Meldungsdichte zu rechnen ist, nachdem die freien Radiostationen immer spärlicher zu werden beginnen.

Herr Broger: Der Generalstabschef hat die Möglichkeit einer Bedrohung Oesterreichs genannt. Worauf basiert diese Feststellung?

Herr Gygli: Ich habe die wichtigsten theoretischen Möglichkeiten genannt. Unter diesen ist, gemäss der Entwicklung der Lage, derjenigen Gewicht zu geben, die am meisten Wahrscheinlichkeit gewinnt. Vorderhand besteht noch kein Anzeichen, dass die Möglichkeit eines Einmarsches in Oesterreich verwirklicht wird.

2. Politische Beurteilung der Lage durch den Bundespräsidenten

Herr Spühler äussert sich wie folgt:

I. Historische Einleitung:

Der Einmarsch von Truppen des Warschaupaktes in die Tschechoslowakei ist nicht Ausdruck der Macht Moskaus, sondern im Gegenteil ein Zeichen der Dekadenz. Die Invasion beweist, dass die UdSSR zur Zeit eine innere Krise durchmacht, die eine liberale Entwicklung in einem Satellitenstaate, d.h. ausserhalb ihrer Grenzen, nicht erträgt, und zwar aus Angst vor den möglichen Auswirkungen einer derartigen Entwicklung im eigenen Lande. Mit roher Gewalt wird nun die Tschechoslowakei auf die Linie Moskaus zurückgebracht, obwohl durch die militärische Intervention die Früchte der ständigen sowjetischen Politik der letzten 12 Jahre sowohl innerhalb des kommunistischen Blocks als auch im Westen und in der Dritten Welt zerstört werden. Die brutale Reaktion

- 8 -

zeigt, dass die Sowjetunion ihre aussenpolitischen Interessen den Bedürfnissen der Innenpolitik hintanstellen muss. Der Kreml würde sich nicht in ein derartiges Unternehmen stürzen, wenn die sowjetischen Führer nicht überzeugt wären, dass die Weiterexistenz des Regimes oder zumindest der gegenwärtigen Führungsequipe bedroht wäre.

Zur Deutung dieser Entwicklung müsste man die sowjetische Politik von der Oktober-Revolution zu analysieren suchen. Wir haben dafür nun keine Zeit. Aber es ist immerhin festzuhalten, dass Lenin seinerzeit die Macht ergriff mit dem Ziel, den Sozialismus und dann den Kommunismus der ganzen Welt aufzuzwingen. Er war davon überzeugt, dass seine soziale Revolution nur siegen könnte, wenn das Proletariat der westlichen Grossmächte sich seinerseits erheben und das kapitalistische System stürzen würde.

Ziemlich bald aber wurde diese wirkliche revolutionäre Strömung durch nationale Imperative beherrscht. Stalin gehorchte nur diesen Imperativen; aber seine Genialität bestand darin, die ganze Welt glauben zu machen, er halte weiterhin Lenins Ideale hoch. Was er aber am Marxismus tatsächlich schätzte, war, dass dieser ihm erlaubte, die ganze Wirtschaft dem Staate unterzuordnen und damit eine unbeschränkte autokratische Macht auszuüben, die auf dem Gebiete der Aussenpolitik durch die Tätigkeit der kommunistischen Parteien im Ausland unterstützt wurde.

Chrustschow, der wie sein Vorgänger ein Autokrat war, stellte immerhin fest, dass das stalinistische System den Entwicklungserfordernissen der sowjetischen Wirtschaft und den Begehren der in den Satellitenstaaten an die Macht gelangten Kommunistenführer angepasst werden müsse. Diese Aufgabe war in denjenigen Ländern nicht schwer zu lösen, denen neue Führer von der sowjetischen Armee aufgezwungen worden waren. Anders lagen die Dinge in China, wo sich die Kommunisten ohne oder gegen den Willen Moskaus durchgesetzt hatten.

- 9 -

Chrustschow war der letzte Herrscher im Kreml, der versuchte, ein gewisses Gleichgewicht zwischen Macht und Doktrin zu wahren, einer Doktrin, die verjüngt werden musste, wenn sie weiterhin wirksam und zeitgemäss bleiben sollte. Dies ist ihm nicht gelungen; aber solange er da war, konnte man glauben, dass das System einer Weiterentwicklung fähig war.

Nach Chrustschow gelangte eine kollegiale Führungsspitze an die Macht, die den Ausgleich zwischen den verschiedenen, einander widersprechenden Tendenzen hätte herbeiführen sollen. Sie fand aber keine anderen Lösungen, vielmehr kam es zu einer völligen Erstarrung. Keine Reformen konnten sich durchsetzen. Alle derartigen Bestrebungen wurden durch halbe Massnahmen und durch Rückwärtsbewegungen zunichte gemacht. Das Resultat war dementsprechend negativ: im Innern eine stagnierende Wirtschaft, eine dauernde Agrarkrise, eine beängstigende intellektuelle Beschränkung; gegen aussen der vollständige Bruch mit China, die Unabhängigkeitspolitik Rumäniens, die Unsicherheit in den Satellitenstaaten und schliesslich eine nicht mehr entwicklungs-fähige Koexistenz sowie Misserfolge in Afrika, im nahen Osten usw. Kurz, die UdSSR verlor mehr und mehr an Ausstrahlungskraft. Ihre militärische Macht ist nach wie vor zu fürchten; sie ist aber - wie übrigens auch die Macht der USA - beschränkt durch das Gleichgewicht des Schreckens.

Auf diesem Hintergrund muss die tschechoslowakische Krise betrachtet werden. Die Doktrin ist erstarrt und entspricht in keiner Weise mehr der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Lage. Die Wirtschaft hat sich wohl in gewisser Masse entwickelt, sie ist aber weit hinter der Evolution in der westlichen Welt zurückgeblieben und hat insbesondere weniger rasche und weniger sichtbare Fortschritte erzielt, als dies in den USA und in Westeuropa der Fall war. Das Denken wird geknebelt; es wird eingezwängt in einen eserstickenden Rahmen. Die Aussenpolitik ist un-

- 10 -

zusammenhängend, zerrissen zwischen dem Wunsch nach Koexistenz einerseits und der Unterstützung der sogenannten Befreiungskriege andererseits. Schliesslich und vor allem aber bestehen innerhalb der Partei Rivalitäten zwischen den verschiedenen Führern, die sich nur auf Kompromisse einigen können, welche zu ausgesprochen konservativen, routinemässigen oder traditionsgebundenen Lösungen führen.

Die UdSSR ist sich bewusst, dass die von ihr beherrschten ost-europäischen Staaten bei dieser Sachlage anderswo als in Moskau nach Mitteln zur Förderung ihrer Entwicklung suchen. Die UdSSR verfügt nicht über das erforderliche Kapital; ihre Industrie liefert nicht die Produkte, die gewünscht werden; was die Politik betrifft, ist die Situation verzweifelt aussichtslos. Die meisten dieser Länder haben ja andere Zeiten gekannt, und ihre Bevölkerung weiss sehr wohl, was im Westen vor sich geht. Das Fehlen einer Ausstrahlung Moskaus gibt dem Westen eine unwiderstehliche Anziehungskraft. Dieser Problematik gegenüber konnte der Kreml zwischen zwei Auswegen wählen: entweder sich selbst einem entschlossenen und aufgeklärten Reformprogramm verpflichten oder aber durch Gewalt die Erneuerungsbewegung brechen. Er hat die zweite Methode gewählt, und dies nach der Weise einer alten russischen Tradition.

II. Die jüngsten Ereignisse in der Tschechoslowakei:

Chrustschow hatte von Stalin ein Imperium übernommen; Breschnev aber erbte von Chrustschow ein Commonwealth, das schon deutlich zentrifugale Tendenzen aufwies. Der Versuch, im COMECON eine supra-nationale Planungsbehörde einzurichten und damit unter den osteuropäischen Staaten gestärkte, institutionelle Bindungen zu schaffen, war fehlgeschlagen, und im Jahre 1964 musste die Sowjetunion es zulassen, dass Ostdeutschland und die Tschechoslowakei weitreichende Programme für eine Wirtschaftsreform auszuführen begannen, ohne den Sowjets den Vortritt zu lassen.

Kritisch wurde für den Kreml die Entwicklung in der Tschechoslowakei aber eigentlich erst, als am 31. Oktober 1967 der 46-jährige Slowake Dubcek auf einer Zentralkomitee-Sitzung der Kommunistischen Partei in Prag den Rücktritt Novotnys vom Posten^{des/} Parteisekretärs und Staatspräsidenten verlangte und diesem vorwarf, sich als Diktator aufgespielt und die Wirtschaftsreform sabotiert zu haben. Seither erlebte man im Einsatz der Kremlführung gegenüber Prag eine seltsame Eskalation:

Vorerst übte der sowjetische Botschafter in Prag einen Druck auf die Mitglieder des Zentralkomitees aus, um Novotny in beiden Aemtern zu halten.

Mitte Dezember tauchte Breschnev überraschend und allein in Prag auf. Gemäss unsern damaligen Informationen soll er sich jedoch gehütet haben, für Novotny eindeutig Stellung zu nehmen; er habe indessen empfohlen, darauf zu achten, dass die Minderheit im ZK nicht ins Rampenlicht rücke. Am 5. Januar wurde sodann Novotny vom Zentralkomitee seines Amtes als erster Sekretär der Kommunistischen Partei enthoben. An seine Stelle

- 12 -

trat Dubcek. Ein Versuch Novotnys, sich durch einen Militärputsch an der Macht zu halten, scheiterte, und am 2. März floh General-Major Sejna, ein enger Gefolgsmann Novotnys und Hauptinitiant des gescheiterten Militärputsches, über Ungarn nach den USA. Mitte März begann sich die tschechische Presse von den Fesseln der Zensur zu befreien. Verschiedene Gefolgsleute Novotnys wurden entlassen; hohe Persönlichkeiten, die sich in der stalini-stischen Aera kompromittiert hatten, begingen Selbstmord, und in der Oeffentlichkeit trat neben die Parole "Sozialismus" immer mehr auch die Forderung nach Freiheit. Am 22. März bot Staatspräsident Novotny unter dem Druck der öffentlichen Meinung seinen Rücktritt an. Gleichzeitig wurden an der tschecho-slowakischen Ostgrenze umfangreiche sowjetische Truppenbewegungen beobachtet.

Am 23. März fand in Dresden ein Gipfeltreffen der Sowjetunion, Polens, Ungarns, Bulgariens, der DDR und der Tschechoslowakei statt. Nach offizieller Version wurde dabei - unter Ausschluss Rumäniens - über die Festigung des Warschaupakts und des COMECON beraten. In Wirklichkeit ging es aber um die Entwicklung in der Tschechoslowakei, und man gewann den Eindruck, die Sowjetunion fürchte eine Interessengemeinschaft zwischen Rumänien und der Tschechoslowakei, und sie versuche, letztere dem Bunde zu erhalten, Rumänien aber, einem gefährlichen Bazillus gleich, zu isolieren. Bezüglich der Tschechoslowakei schrieb die Pravda damals, "Fälscher aus dem imperialistischen Lager" wollten mit der abgedroschenen Phrase von sowjetischer Einmischung die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei in ein falsches Licht rücken. Wenige Tage später begann Moskau eine Propaganda-Kampagne gegen die Bundesrepublik Deutschland - welche Aggressionsabsichten auf ihre Anrainerstaaten habe - sowie gegen die von innen her drohende Aufweichung des kommunistischen Lagers. Alsdann häuften sich die Reisen der Prager Führer und der Parteiführer Polens, der DDR, Ungarns und Bulgariens nach Moskau sowie jene sowjetischer Mili-

tärs und Ministerpräsident Kossygin nach der Tschechoslowakei. Gemäss den sowjetischen Zeitungen hatte Kossygin Ende Mai in Prag und Karlsbad mit den neuen Führern der Tschechoslowakei eine Einigung erzielt, und die sowjetischen Zeitungen stellten ihre Polemik gegen Prag alsdann vorübergehend ein. Es folgten aber hierauf einerseits die Episode der sogenannten Stabsmanöver in der Tschechoslowakei und andererseits der Ausschluss Novotnys aus der Partei sowie am 28. Juni die Veröffentlichung des "Manifestes der 2'000 Worte", mit welchem der kommunistische Schriftsteller Ludwig Vaculik und 70 prominente Mitunterzeichner eine effektive Demokratisierung verlangten.

Am 14. und 15. Juli trafen sich in Warschau die Spitzen der Sowjetunion, der DDR, Polens, Ungarns und Bulgariens, um erneut über die Tschechoslowakei zu beraten. Breschnev war diesmal von Kossygin und Podgorny begleitet. Einen Tag zuvor hatte er sich mit einer Gruppe von Novotny-Anhängern, die mit einem sowjetischen Flugzeug nach Warschau geflogen waren, besprochen. So wie die Dinge lagen, musste man eine dramatische Wendung erwarten. Ministerpräsident Kossygin kürzte seine Schwedenreise um einen Tag^{ab} und begab sich nach Warschau, weil er ein allzu scharfes Auftreten Breschnevs befürchtet haben soll.

Die Fünf liessen es aber bei dem sogenannten "Warschauer-Brief an die Prager Regierung" bewenden. Darin wurde den tschechoslowakischen Parteiführern nicht nur die Duldung der "konterrevolutionären" Kräfte, sondern auch die Sympatisierung mit diesen vorgeworfen. Ferner wurde das Mitspracherecht der Fünf stipuliert und erklärt: "Wir werden niemals zulassen, dass der Imperialismus auf friedlichem oder unfriedlichem Wege, von innen oder von aussen, eine Bresche in das sozialistische System schlägt und das Kräfteverhältnis in Europa zu seinen Gunsten verändert". Die stalinistische Härte dieses Briefes liess praktisch keine Tür für eine Rückkehr zu einer konzilianten Haltung offen. Nach ihrer Rückkehr nach Moskau liessen die

- 14 -

Sowjetführer den Warschauer-Brief zudem vom Zentralkomitee der Partei ausdrücklich genehmigen, wobei es den Kremlkennern sofort klar war, dass die Resolution des ZK in erster Linie als eine Lektion an die Adresse der europäischen Gebiete der Sowjetunion gemeint war, nämlich Litauen, Lettland, die Ukraine usw.

Zu erwähnen ist hier ferner das Memorandum des russischen Atomforschers Sacharow, das seit Ende Juni in der Sowjetunion in intellektuellen Kreisen kursiert. In diesem wohl sensationellsten sowjetischen Dokument seit dem Beginn der Entstalinisierung fordert der Atomphysiker und Stalinpreisträger Sacharow u.a. den Kampf gegen die Neostalinisten, die Aufhebung der Zensur, eine Generalamnestie für politische Gefangene, den symbolischen Ausschluss Stalins aus der Partei usw., und schliesslich empfiehlt er die Unterstützung des tschechoslowakischen Reformexperiments. Unsere Botschaft in Moskau hat aus direkter Quelle erfahren, dass u.a. die wissenschaftliche Elite in der Ukraine dieses Dokument besitzt und dass sie auf Dubceks "kommunistischen Humanismus" grosse Hoffnungen setzt. Man darf aus derartigen Indizien schliessen, dass die Tschechoslowakei für den Kreml zu einem innenpolitischen Problem geworden ist.

Zwei Wochen nach der Warschauer-Konferenz waren wir Zeugen einer weiteren sowjetischen Eskalation: Nicht nur mehr Breschnev, Kossygin und Podgorny, sondern 9 Mitglieder des 11-köpfigen Politbüros trafen sich in Cierna mit den Führern der Tschechoslowakei zu viertägigen Gesprächen; ein Vorschlag des Kremls, das gesamte Parteipräsidium in der Sowjetunion zu empfangen, war von Prag nicht zuletzt aus Sicherheitsgründen abgelehnt worden. Die sehr harten Verhandlungen in Cierna schienen mit einem gewissen Erfolg der Tschechen zu enden, denn in wesentlichen Punkten hatten sie offenbar keine Konzessionen machen müssen: Von der Stationierung fremder Truppen in der Tschechoslowakei, der Absetzung führender Persönlichkeiten und der Wiedereinführung der Pressezensur war im Moment jedenfalls

- 15 -

nicht die Rede. In der Erklärung von Bratislava vom 3. August, in welcher die Satelliten Moskaus die Besprechungen von Cierna sanktionieren durften, wurde den Tschechen zugestanden, dass "jede Bruderpartei, indem sie die Fragen der weiteren sozialistischen Entwicklung schöpferisch löst, die nationalen Besonderheiten und Bedingungen berücksichtigt". Im übrigen war festzustellen, dass sich durch den ganzen Text ein Widerspruch zwischen orthodoxem und progressivem Kommunismus zog.

Was verbarg sich somit hinter dieser Erklärung? Die bald darauf wieder einsetzende sowjetische Polemik gegen die tschechische Führung zeigt, dass die Sowjets von ihrer bisherigen Linie nicht abgewichen waren. Ausserdem zogen die russischen Divisionen, welche von Nordpolen und Russland an die tschechische Grenze verlegt worden waren, keineswegs ab, sondern wurden eher noch verstärkt und für einen anscheinend längeren Aufenthalt eingerichtet.

Auch wenn über die Ansichten der Kromlführung niemand im Zweifel sein konnte, so waren Zeitpunkt und Art der sowjetischen Intervention am 21. August doch für jedermann eine Ueberraschung. Botschafter Bohlen, Unterstaatssekretär des amerikanischen Staatsdepartements, glaubt, dass die Aktion nicht von langer Hand vorbereitet worden war, sondern auf einem plötzlichen Entschluss beruhte. Ich zitiere im folgenden die Analyse Bohlens, wie sie uns gestern abend von unserer Botschaft in Washington telegraphisch übermittelt worden ist, weil sie mit unserer eigenen Analyse im wesentlichen übereinstimmt:

"Militärisch klappte der Einmarsch anscheinend gut, doch war er politisch offensichtlich sehr schlecht vorbereitet. Dies geht vor allem daraus hervor, dass es den Russen bis jetzt noch nicht gelungen ist, eine ihnen genehme neue Parteiführung und Regierung einzusetzen. Ferner wurden zuerst Flugblätter zu Gunsten Novotnys abgeworfen, während der angebliche Appell an

- 16 -

die Sowjetunion dessen Rückkehr praktisch ausschloss. Es ist auch nicht klar, wieso es den Russen immer noch nicht gelungen ist, alle tschechoslowakischen Radiosender zum Schweigen zu bringen. Die Situation ist ausserordentlich konfus, und es ist schwierig, den weiteren Verlauf vorauszusagen. Wahrscheinlich wird der mehr oder weniger passive Widerstand der Bevölkerung anhalten; dagegen ist ein aktiver Widerstand der tschechischen Armee kaum zu erwarten. Die Besetzungstruppen werden auf 150 - 200'000 Mann geschätzt.

Der sowjetischen Intervention lagen vermutlich vier Hauptmotive zugrunde:

1) Die Befürchtung einer fortschreitenden Erosion des Monopols der Kommunistischen Partei und des vollständigen Verlustes der Kontrolle über Presse und Geheimpolizei.

2) Das Sicherheitsrisiko angesichts der Wichtigkeit der Tschechoslowakei als Glied im sowjetischen Verteidigungssystem.

3) Die möglichen Auswirkungen auf Ostdeutschland, dessen kommunistisches Regime für die sowjetische Politik von grösster Bedeutung ist.

4) Die durch die Erfahrungen während des Ungarnaufstandes bestärkte Befürchtung, dass die Liberalisierung eine zunehmende anti-sowjetische Agitation zur Folge haben werde.

Ueber die Gründe der Wahl des Zeitpunktes tappt man noch vollständig im Dunkeln. Botschafter Bohlen neigt aber dazu, das dritte Motiv, nämlich die Auswirkungen auf die DDR, als für die plötzliche Entscheidung zur Intervention ausschlaggebend zu betrachten. Es liesse sich denken, dass Ulbricht nach seiner erfolglosen Reise in die Tschechoslowakei die sowjetischen Führer gewarnt hat, dass die dortige Entwicklung auf Ostdeutschland übergreifen werde und sein Regime gefährden könne."

III. Die politischen Auswirkungen:

Der Einmarsch in die Tschechoslowakei ist eine Polizeiaktion innerhalb des Ostblocks. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sie eines Tages auf Rumänien ausgedehnt wird. Doch scheint es offensichtlich, dass die Sowjets im heutigen Zeitpunkt den "Limes", d.h. den Eisernen Vorhang, die Demarkationslinie ihrer Einfluss-sphäre, nicht zu überschreiten gedenken.

Auf der andern Seite ist es klar, dass die Vereinigten Staaten von Amerika und die Westmächte nicht daran denken, zu intervenieren oder der Tschechoslowakei, die das auch gar nicht verlangt hat, zu Hilfe zu eilen. Vom Westen aus betrachtet, handelt es sich um eine Angelegenheit, die unter den kommunistischen Staaten auszumachen ist. Für den Augenblick, und mit allen Vorbehalten in Bezug auf die nicht-voraussehbaren Entwicklungen, kann festgestellt werden, dass der Frieden nicht bedroht ist; eine Auseinandersetzung zwischen Ost und West steht nicht in Aussicht.

Trotzdem wird die sowjetische Invasion tiefgreifende politische Auswirkungen haben.

Im Ostblock

Die Führer der vier Staaten, die an der Seite der UdSSR in der Tschechoslowakei intervenierten, haben alles ausgespielt. Sie haben als perfekte Satelliten Moskaus gehandelt und dürfen kaum mehr hoffen, von der eigenen Bevölkerung als nationale Führer betrachtet zu werden. Ihr Schicksal und ihre Zukunft hängen künftig von Moskau ab. Folglich müssten sie die Diktatur noch einschränkender gestalten, eine harte Linie befolgen und die Liberalisierungsbestrebungen, die sich auch bei ihnen zeigen, unterdrücken. Wahrscheinlich werden diejenigen Mitglieder der nationalen Elite, die nur in einem frei-

- 18 -

heitlichen Kurs eine Entwicklungsmöglichkeit für ihr Land sehen, auf neue Führer setzen müssen, um aus der Enge herauszukommen. Es ist somit zu erwarten, dass der Verhärtung des Regimes gegenüber eine versteckte und geheime Opposition entsteht die bei einer günstigen Gelegenheit hervortreten wird. Es scheint somit, dass sich die Lage dieser Länder objektiv verschlechtert hat, dass deren Regime aber weniger stabil als je zuvor sind.

Was Rumänien betrifft, so hat dieses Land erkannt, dass es von nun an besonders exponiert ist. Ceausescu hat dies mit aller nur wünschbaren Deutlichkeit gesagt. Rumänien hat bereits vernehmen lassen, dass es sich mit Waffen verteidigen würde, wenn ihm das gleiche Schicksal wie der Tschechoslowakei drohen sollte. Möglicherweise wird Rumänien mit dieser Situation fertig werden. Da die rumänische Innenpolitik nach wie vor vom Stalinismus geprägt ist und nur die Aussenpolitik unabhängiger gestaltet wird, stellt die Haltung Rumäniens vorläufig keine Gefährdung für das kommunistische System in Osteuropa dar. Rumänien ist wohl lästig, aber nicht gefährlich. Eine militärische Intervention scheint sich somit vorderhand nicht aufzudrängen. Die strategische Bedeutung Rumäniens ist zudem völlig anders als die der Tschechoslowakei.

Jugoslwaien, das nicht zum Ostblock gehört, ist weniger Gefahr. Die Brücken zur UdSSR. scheinen abgebrochen zu sein. Jugoslawien könnte sich einer ähnlichen Situation gegenübersehen wie seinerzeit nach dem Bruch mit Stalin.

Im internationalen Kommunismus

Die westlichen kommunistischen Parteien haben die Invasion der Tschechoslowakei verurteilt und die Politik Moskaus missbilligt. Sie konnten gar nicht anders, ansonst sie ihre Gefolgschaft von Grund auf eingebüsst hätten. Handelt es sich hier

- 19 -

um eine zeitlich bedingte Taktik, oder stehen wir vor der Geburt eines autonomen europäischen Kommunismus, der von Moskau und Peking abfällt ? Ist es das Ende der "Internationale" oder nur eine vorübergehende Ausschaltung ? Es dürfte zu früh sein, diese Frage zu beantworten. Dagegen kann festgehalten werden, dass sich den kommunistischen Parteien, namentlich in Frankreich und Italien, eine unverhoffte Gelegenheit bietet, die ihnen nachteilige Unterwürfigkeit zu beenden, aus dem politischen Ghetto, in dem sie eingeschlossen sind, herauszutreten und wieder zu normalen Linksparteien zu werden.

Wie steht es um die asiatischen Parteien ? Die Nordvietnamesen haben Moskau zugestimmt; doch ist die UdSSR ihr wichtigster Waffenlieferant. Was China betrifft, so kennen wir dessen offizielle Reaktion noch nicht. Meinerseits wäre ich sehr überrascht, wenn die Offenbarung des russischen Imperialismus gegenüber der Tschechoslowakei, diese Kundgebung von Grossmacht-Chauvinismus, zur Beilegung der Differenzen zwischen Moskau und Peking beitragen würde. Radiomeldungen aus China, in denen die Intervention in der Tschechoslowakei als ein Akt von faschistischem Imperialismus dargestellt wird, scheinen diese Auffassung zu bestätigen.

Im Westen

Uebersteinstimmend melden uns die Botschaften aus den Kapitalen, dass die Regierungen durch die Ereignisse völlig überrascht worden sind, so insbesondere in den USA, Frankreich, Grossbritannien. Man hat eine militärische Intervention früher, aber nicht mehr nach der Konferenz von Bratislava erwartet. Die möglichen Auswirkungen im Westen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Die erste Folge der Aktion ist eine aussenpolitische Isolierung und eine neue stärkere Diskreditierung der Sowjetunion auch bei den Staaten der Dritten Welt. Die von der UdSSR und

- 20 -

den USA geduldig und konstant verfolgte Politik der Entspannung hat einen schweren Rückschlag erlitten. Die dabei erzielten Erfolge der letzten paar Jahre sind weitgehend zunichte gemacht. In vielem ist man wieder auf den Stande vor 12 Jahren angelangt. Die Atmosphäre der Angst und des Kalten Krieges droht erneut überhandzunehmen.

Die Abrüstungsbestrebungen, die immerhin einige Ansätze eines bescheidenen Erfolges zu verzeichnen hatten, geraten ins Stocken, da die Glaubhaftigkeit der UdSSR von Grund auf erschüttert ist. Die Stimmung neigt eher einer Steigerung der Rüstungen zu.

Die NATO hat eine Aufwertung erfahren, und ihre Bedeutung wird in anderem Licht erkannt, als es in den letzten Jahren der Fall gewesen ist. Ob Frankreich daraus neue Schlüsse ziehen wird, ist schwer zu sagen.

Seine Rückkehr zum früheren Verhältnis halte ich für eher unwahrscheinlich, aber es wird sich der geänderten Atmosphäre nicht einfach entziehen können.

Darüber hinaus ist anzunehmen, dass die Idee der Integration Europas einen neuen Auftrieb erhalten und ihre Ausdehnung von der bloss wirtschaftlichen auf die politische Ebene an Bedeutung gewinnen wird. Die Tendenz, von der blossen Freihandelsassoziation zum Gemeinsamen Markt überzugehen, wird eine Verstärkung erfahren. Die Schwierigkeiten des Gemeinsamen Marktes der letzten Zeit werden möglicherweise überwunden werden, unso mehr als das Abwarten auf das Verschwinden des gaullistischen Regimes keine Grundlage mehr findet. Wir haben allen Anlass, die Entwicklung des Gemeinsamen Marktes mit erhöhter Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Die Entspannung hat einen sehr starken Schlag erlitten, und die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen werden sich wieder verschlechtern. Ich möchte in diesem Zusammenhang über die

Auffassung des amerikanischen Unterstaatssekretärs für Auswärtiges, Bohlen, folgenden Bericht zitieren:

"Er [Bohlen] betont, dass man unterscheiden müsse zwischen der eher symbolischen Zusammenarbeit z.B. auf kulturellem Gebiet einerseits und den Verhandlungen über grundsätzliche Probleme wie Abrüstungsfragen andererseits. Die erstere werde wohl zeitweise unterbrochen werden, und angesichts der zu erwartenden Haltung des Kongresses müssen wohl alle Bemühungen für das "bridgebuilding" mit dem Osten eingestellt werden. Die grundsätzlichen Probleme dagegen bestünden nach wie vor und es sei unerlässlich, ihre Behandlung weiterzuführen. Ueber die möglichen Auswirkungen auf den Atomsperrvertrag befragt, stellt Bohlen fest, man könne eine Verzögerung des Genehmigungsverfahrens im Senat sowie das Hinausschieben der Ratifizierung durch manche Länder nicht ausschliessen, er verneint aber, dass die im Zusammenhang mit dem Vertrag abgegebenen Zusicherungen auf die Tschechoslowakei anwendbar gewesen wären. Diese beziehen sich nur auf den Fall einer nuklearen Bedrohung und nicht auf den Fall einer militärischen Intervention einer Nuklearmacht mit konventionellen Waffen."

Wie man sieht, will das State Department die Dinge nicht dramatisieren. Es ist klar, dass ganz unabhängig von der Haltung des Kremls die UdSSR eine Supermacht bleibt, mit der dauernd verhandelt werden muss. Allerdings hat Bohlen den Vietnam-Konflikt und den Einfluss Moskaus auf Hanoi in diesem Zusammenhang nicht erwähnt. Die öffentliche Meinung in Amerika sieht die UdSSR vielmehr wieder als eine imperialistische und aggressive Macht, und sie wird sich deshalb in den kommenden Wahlen einen starken Präsidenten zu geben versuchen. Am 21. August 1968 haben die Aussichten Nixons einen Sprung vorwärts gemacht.

Ferner ist zu erwarten, dass sich in der UdSSR selbst eine harte Linie durchsetzen wird.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass die kollegiale Führung hinter einen einzigen Führer gesetzt wird. Aber es sind darüber schon so viele Prognosen gestellt worden, die sich nicht erfüllt haben, dass man sich wohl besser weiterer Voraussagen enthält und sich mit der Beobachtung der Tatsachen begnügt.

Was den Atomsperrvertrag betrifft, so ändert die Besetzung der Tschechoslowakei am Grundproblem der Weiterverbreitung von Atomwaffen nichts. Die Invasion war von keiner nuklearen Drohung begleitet, und die Tschechen hätten, wenn sie im Besitze von Atombomben gewesen wären, deren Einsatz unter den gegebenen Umständen nicht ins Auge fassen können. Die Gefahr der Proliferation von Atomwaffen bleibt bestehen; deren Folgen wären heute genau so schlimm wie gestern.

Unsere öffentliche Meinung wie auch jene zahlreicher westlicher Länder würde es jedoch nicht begreifen, wenn man jetzt zur Unterzeichnung des Vertrages schreiten wollte. Selbst die Amerikaner sind der Ansicht, dass der Senat die Ratifizierung aufschieben werde. Die Italiener haben beschlossen, für die Unterzeichnung bessere Tage abzuwarten. Dieser Stillstand ist ohne Zweifel bedauerlich, aber er lässt sich leicht erklären. Der Vertrag stellt an und für sich keine Abrüstungsmassnahme dar; aber er sollte einerseits die Weiterverbreitung von Atomwaffen stoppen und andererseits die Entspannung zwischen West und Ost konsolidieren sowie die Grundlage für amerikanisch-sowjetische Verhandlungen betreffend die Entfrischung der Atomrüstungen, die Ausdehnung des Moskauer Vertrages auf unterirdische Versuche und andere analoge Massnahmen schaffen. Alle diese sekundären Ziele des Vertrages sind vorderhand unerreichbar.

Mit der Wirkung des Vertrages willigen die Nichtnuklearen zu Souveränitätseinbussen ein, und sie bestätigen die Vorherrschaft der Supermächte. Diese Opfer würden durch die Hoffnung auf eine allmähliche Abrüstung kompensiert. Da nun aber diese Hoffnung einen ^{schweren} Schlag erlitten hat, stehen in unserer öffentlichen Meinung die Nachteile des Vertrages in Vordergrund. Es scheint deshalb angezeigt zu sein, die betreffenden Diskussionen und damit den Grundsatzentscheid des Bundesrates zu verschieben. In einigen Wochen wird sich die internationale Lage vielleicht geklärt haben, und man wird dann deutlicher sehen, wo man sich befindet. Dann wird es auch leichter sein, den Vertrag und seine Folgen eingehend zu prüfen und die betreffenden Diskussionen in einer leidenschaftslosen Atmosphäre zu führen.

IV. Massnahmen des Bundesrates:

1. Ueber die Massnahmen auf militärischem Gebiet hat Sie der Generalstabschef schon aufgeklärt.
2. Am 21. August, 17.30, hat der sowjetische Geschäftsträger Mikhailov bei mir vorgesprochen, um mich im Auftrag seiner Regierung über die Ereignisse in der Tschechoslowakei zu informieren. Infolge der Verschwörung der imperialistischen Kräfte und der Reaktion ausserhalb und innerhalb der Tschechoslowakei habe sich die Regierung der CSSR an die Regierungen der Warschaupakt-Staaten gewandt, damit diese ihr unmittelbar militärische Hilfe leisten. Die Sowjetunion und die andern Staaten hätten mehrmals erklärt, der Verlauf der Ereignisse in der Tschechoslowakei bedeute eine Verletzung des zwischen ihnen abgeschlossenen gegenseitigen Vertrages. Sie bedeute eine Bedrohung des Friedens in Europa und der internationalen Sicherheit. Die Sowjetunion habe deshalb mit den andern Staaten beschlossen, der Bitte der tschechoslowakischen Regierung zu entsprechen und hätte die Anweisung erteilt, mit militäri-

- 24 -

schen Einheiten das Territorium der CSSR zu betreten. Die Regierungen der betreffenden Länder würden die Truppen unverzüglich zurückziehen, sobald sie zur Ueberzeugung kämen, dass die Lage in der Tschechoslowakei wieder derart gefestigt sei, dass die andern Länder sich in ihrer bisherigen Politik nicht mehr bedroht fühlten. Diese Stellungnahme der Sowjetunion und ihrer Verbündeten sei nicht gegen irgendeinen Staat gerichtet, sondern erfolge nur aus der Besorgnis um die Erhaltung der bisherigen Staatsstruktur und des bisherigen Regimes. Es sei zu hoffen, dass die ausgezeichneten Beziehungen zwischen der Schweiz und der Sowjetunion davon nicht beeinflusst würden.

Ich erkläre von der Mitteilung Kenntnis zu nehmen, wonach die Streitkräfte der Sowjetunion von der Regierung der Tschechoslowakei gerufen worden seien. Diese Mitteilung stehe allerdings im Widerspruch zu den Mitteilungen, die heute aus der Tschechoslowakei selber gekommen seien. Danach hätten die Regierungen der Sowjetunion und ihrer Alliierten die Tschechoslowakei von sich aus okkupiert. Die kommenden Tage würden zeigen, wo die Wahrheit liege. Das Schweizervolk habe mit Erschütterung die Ereignisse in der Tschechoslowakei verfolgt. Der Geschäftsträger werde wohl nicht im Zweifel darüber sein, dass die Gefühle des Schweizervolkes ganz auf der Seite des tschechoslowakischen Volkes seien. Unser Volk habe die Ueberzeugung, dass das Selbstbestimmungsrecht eines kleinen Staates, sein Streben, nach eigener und unabhängiger Art sein Leben einzurichten, gegenüber dem Herrschaftsanspruch einer Grossmacht nicht zähle.

Der Geschäftsträger hat in seinen Darlegungen besonders Gewicht darauf gelegt, dass die Aeusserungen der tschechoslowakischen Presse sehr schwerwiegend gewesen seien und dass daraus die grössten Schwierigkeiten für das Verhältnis zu den übrigen kommunistischen Ländern entstanden seien. Ich antworte, dass die Pressefreiheit die Grundlage der Demokratie darstelle, und wo diese Pressefreiheit nicht gegeben sei, es folglich keine Demokratie gebe. Der Einmarsch der Sowjettruppen bedeute einen schweren Schlag für die Entspannung, die in den letzten Monaten eingetreten sei.

3. Am 22. August empfang ich den tschechoslowakischen Botschafter, Pavel Winkler; dieser teilte mir folgendes mit: Er, Winkler, befand sich, als die Besetzung der CSSR bekannt wurde, zur Kur in seiner Heimat. Er entschloss sich, sofort auf seinen Posten zurückzukehren. Vorderhand ist die Verbindung zwischen Botschaft und Aussenministerium noch nicht abgebrochen. Die Regierung, hinter der das Volk so geschlossen wie noch nie steht, antiert, trotz Abwesenheit einiger Mitglieder, nach wie vor in einem von sowjetischen Truppen umstellten Gebäude. Sie hat von dort aus die bekannte Erklärung abgegeben, in welcher sie die 5 Warschaupaktmächte auffordert,
- a) ihre Truppen zurückzuziehen und die Bestimmungen des Warschaupaktes zu respektieren;
 - b) jegliche bewaffnete Aktion gegen das tschechoslowakische Volk einzustellen;
 - c) die verfassungsmässigen Organe zu respektieren.

Andererseits erliess die Regierung einen Appell zur Ruhe und forderte die Bevölkerung auf, den Invasoren keinen bewaffneten, sondern lediglich passiven Widerstand entgegenzusetzen und keiner Regierung zu folgen, die nicht verfassungsmässig gebildet ist.

166 Abgeordnete von insgesamt 300 haben sich zu einer ausserordentlichen Sitzung der Nationalversammlung einfinden können. Ausser einem Abgeordneten, einem ehemaligen Minister Novotnys, haben alle ihr Vertrauen für die Regierung erneuert. - Auch das ZK der KP hat sich unter 70 prozentiger Beteiligung zusammenfinden können. Von den anwesenden 80 Mitgliedern sprachen sich lediglich 7 für die Zusammenarbeit mit der UdSSR aus. - Ferner versammelte sich die KP zu einem ausserordentlichen Parteitag, zu dem sich von den 1500 Delegierten 960 einfinden konnten. Auch unter ihnen herrscht eine ausserordentliche Einigkeit.

Herr Winkler glaubt, dass die Sowjets versuchen werden, eine neue Regierung zu bilden; doch werde ihr gegenüber der passive Widerstand umfassend sein. - Sein Land, so führte er weiter aus,

- 26 -

werde von einer grossen Tragödie heimgesucht, deren Folgen heute noch nicht abschbar seien, und zwar nicht nur für die CSSR, sondern für die Arbeiterbewegung in der ganzen Welt. Er dankte anschliessend für die Sympathiebezeugungen des Bundesrates sowie für jene des gesamten Schweizer Volkes.

4. Wir stehen in ständigem Kontakt mit unserer Botschaft in Prag; die Telephon- und Telexlinien sind nur vereinzelt und für kurze Zeit unterbrochen gewesen. Unsere Botschaft selbst, die auf dem Hradschin unmittelbar neben dem Regierungsgebäude liegt, ist von sowjetischen Truppen umzingelt, so dass unser Personal das Haus während zwei Tagen nicht verlassen konnte. Zudem wurde die Botschaft - zweifellos aus Versehen - beschossen. Wir haben im Kreml gegen diese Behinderung und Beschiessung protestiert. Etwas später habe ich den sowjetischen Geschäftsträger zu mir zitiert, um den entsprechenden Protest zu wiederholen. Heute (23.8.), 12.00, hat uns nun Botschafter Campiche den folgenden Telex übermittelt:

- J'ai effectué ce matin à 1 heure une première sortie avec ma voiture pour me rendre au MAL accompagné de Laederach. Sans un mot sans un signe cordon des blindés s'est ouvert pour me laisser passer. Au retour entretemps un tank lourd avait été placé à l'entrée place Hradschin avec son canon braqué sur la rue et la bloquant complètement. Il recula pour me laisser passer. Quelques groupes de passants tchécoslovaques acclamèrent fanion suisse.
- Interlocuteur du ministère très ému mais calme parut attacher de l'importance à ce geste qui devait démontrer dans mon esprit que le contact est maintenu entre le gouvernement tchécoslovaque et ambassade. Détail intéressant: Dans la loge du concierge au MAE photo Svoboda avec une seule inscription "neutralita".
- Aussi bien interlocuteur MAE que moi-même avons l'impression qu'instructions avaient été données aux soldats et que c'était là le résultat intervention Président Confédération W. Spühler.

5. Ich habe unsere Botschafter, deren Missionen durch die Vorgänge in der Tschechoslowakei berührt werden, angewiesen, auf ihrem Posten zu bleiben, bzw. aus den Ferien zurückzukehren. Als Folge hiervon wird die diesjährige Botschafterkonferenz nicht durchgeführt.

6. Es ist mit der Möglichkeit eines Flüchtlingsstromes aus der Tschechoslowakei zu rechnen. Zudem befinden sich zahlreiche tschechoslowakische Touristen in der Schweiz. Die Polizeiabteilung widmet diesem Problem ihre ganze Aufmerksamkeit. Wegen der scharfen Ueberwachung der tschechoslowakischen Grenze scheint eine Flucht aus diesem Land zur Zeit indessen schwierig zu sein. Den tschechoslowakischen Touristen wird es ermöglicht, vorderhand in unserm Land zu bleiben. Allfällige Asylgesuche werden mit Wohlwollen geprüft werden. Die Visa werden auf Gesuch hin ohne weiteres verlängert, damit den Betreffenden die Möglichkeit gegeben wird, Zeit zu gewinnen. Der Bundesrat hat beschlossen, diesselbe Flüchtlingspolitik wie die 1956 gegenüber Ungarn befolgte einzuschlagen. Ich möchte mit Nachdruck festhalten, dass er diesen Beschluss schon am Mittwoch, den 21. August, anlässlich seiner Sitzung gefasst hat, und nicht erst, wie behauptet worden ist, am 22. August nach einer diesem Problem gewidmeten Fernsehsendung.
7. Für den Rücktransport der in der Tschechoslowakei blockierten Schweizer Touristen hat das Politische Departement folgende Massnahmen getroffen: 3 mit Nahrungsmitteln und Medikamenten befrachtete Autobusse sind heute (23.8.) unter der Leitung von Konsul Sennhauser von Wien aus nach Prag gefahren, um Touristen primär schweizerischer, aber auch anderer Nationalität in den Westen zurückzubringen. Der Konvoi hat die oesterreichisch-tschechoslowakische Grenze um 13.30 passiert.
8. Massnahmen zum Schutze der Botschaften der Warschaupaktstaaten in Bern, insbesondere der sowjetischen, wurden zu Beginn der Krise in die Wege geleitet. Die bisher erfolgten Demonstrationen verliefen nicht zuletzt dank dem klugen Vorgehen der Polizei - ohne wesentliche Zwischenfälle.
9. In Zukunft wird die Opportunität von Besuchsreisen schweizerischer Persönlichkeiten, privater Wirtschaftsgruppen usw. in die Ostblockstaaten (und umgekehrt) erneut zu überprüfen sein. Soweit nötig und möglich, werden wir die in Frage kommenden Organisationen und Institutionen auffordern, uns

vor der Durchführung solcher Reisen zu konsultieren.

Abschliessend möchte ich auch Sie auffordern, Ihren Einfluss geltend zu machen, dass die Ruhe und Ueberlegtheit bewahrt wird. Wir müssen in dieser tragischen Stunde zwischen den Regierungen der betreffenden Länder und deren Völker unterscheiden. In diesen Völkern ist ein Drang nach grösserer persönlicher Freiheit erwacht, der unaufhaltbar und, im Grunde, durch die Ereignisse bestärkt, in Zukunft weiterwachsen wird. Auf diese Zukunft muss unsere Politik ausgerichtet sein, so empörend die Gegenwart auch sein mag. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion würde ^{nur} dazu beitragen, deren Volk in seiner Isolierung zu belassen. Allein, nicht wir haben die Kontakte zu fürchten, sondern jene, welche die Freiheit unterdrücken; denn sie wissen, dass für sie die Freiheit, wie Kennedy sagte, eine "ansteckende Krankheit" ist. Im übrigen lehren die Vorgänge in der Tschechoslowakei zahlreiche Bürger unseres Landes eindringlich, den Wert und die Unbedingtheit unserer demokratischen Freiheitsrechte nicht zu unterschätzen, Rechte, die nur Bestand haben können, wenn sie als solche erkannt und genutzt werden.

Herr Hofer spricht dem Bundespräsidenten seinen herzlichen Dank für die umfassende Orientierung aus, die er den Kommissionen sowohl über die Vorgänge in der Tschechoslowakei als auch über deren Rückwirkungen auf die Haltung der Schweiz gegeben hat.

3. Aussprache

Herr Broger: Ich möchte den Ausführungen des Bundespräsidenten voll beipflichten. Mit Recht stellt er fest, dass sich die UdSSR in einer Krise, in einer dogmatischen Krise, befindet. Leider begehen wir hierzulande den Fehler, dass wir uns mit dem dialektischen Materialismus zu wenig befassen. Ob dieser Materialismus wahr ist oder nicht, ist faktisch von nicht so grosser Bedeutung; wesentlich ist, dass er eine der machtvollsten Realitäten der gegenwärtigen Politik darstellt, weil

Millionen von Menschen an ihn glauben und von seiner wissenschaftlichen Richtigkeit überzeugt sind. Er ist nicht bloss eine Methode zur Interpretation der Umwelt; vielmehr stellt er eine Richtschnur des praktischen und politischen Handelns dar. Dieser dialektische Materialismus ist es, der durch die tschechoslowakischen Freiheitsregungen angeblich bedroht worden ist; kennzeichnenderweise waren es im Zentralkomitee die Marschälle, die sich - und zwar nicht aus militärischen - sondern aus ideologischen Gründen für eine Intervention eingesetzt haben. Es galt zu wählen zwischen dem Recht auf Kritik und der Allwissenheit eines totalitären Zentralkomitees, zwischen der zaghaften Einführung eines Mehrparteiensystems und dem Fortbestand der Einheitspartei, zwischen Freiheit und Meinungszwang. Dubcek hat versucht, tragende Balken aus dem Gerüst des dialektischen Materialismus herauszubrechen, womit er - ein zweiter Jan Hus - notwendigerweise die Verketzerung auf sich und seine Anhänger herabbeschworen hat. - Bekanntlich kämpft die Sowjetunion im eigenen Lande gegen analoge Liberalisierungsbestrebungen; es sei hier lediglich an das auch vom Bundespräsidenten genannte Memorandum Sacharow erinnert. Dass dieses liberale Dokument aus der Feder des grössten russischen Atomphysikers in New York veröffentlicht werden konnte, ist an sich schon ein gewaltiges Ereignis. Sacharow spricht hierin zweifellos nicht nur im eigenen Namen, sondern stellvertretend für einen grossen Teil der wissenschaftlichen Elite seines Landes, nicht zuletzt für die in Ungnade gefallenen Schriftsteller. Es muss für die sowjetischen Führer eine unerhörte Sorge sein, feststellen zu müssen, dass sie sich auf den gesellschaftlichen Unterbau ihres Landes nicht mehr verlassen können. Die Gefahr der geistigen Infizierung der Sowjetunion durch die freiheitlichen Regungen in der Tschechoslowakei war offenbar so gross, dass aus der Sicht des Kremls die Intervention zu einer notwendigen Aktion der Selbsterhaltung wurde. Dies ist ein offensichtliches Zeichen der Schwäche. - Welches sind die Konsequenzen?

- 30 -

Vor allem ist erneut bestätigt worden, dass die Welt in zwei Hälften aufgeteilt ist, wobei sich die Sowjetunion in der ihren unbekümmert ob der Weltmeinung völlig frei zu bewegen vermag, ohne eine Intervention der NATO befürchten zu müssen. Die Illusion der friedlichen Koexistenz ist zerbrochen; man spräche wohl besser von einer "feindlichen Koexistenz". Hieraus ergibt sich eine direkte Schlussfolgerung auf den Atomsperrvertrag: Da die Sowjetunion erneut bewiesen hat, dass sie Verträge - diesmal jene von Cierna und Bratislawa - nicht hält, haben wir keinen Grund, gegenüber den Grossmächten ein Entmündigungsinstrument zu unterzeichnen; dies um so weniger, als die NATO aus einem Mittel der Verteidigung zu einem solchen der Entspannung geworden ist. - Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich die Berlinkrise wieder zuspitzen wird, denn nach seiner Rückkehr aus Karlsbad hat Ulbricht seine diesbezüglichen Forderungen wieder deutlich zum Ausdruck gebracht. Nach den jüngsten Erfahrungen ist zu schliessen, dass sein Einfluss im Kreml nicht unbedeutend ist. - Mit Befriedigung habe ich von der - wenn auch nach wie vor diplomatischen - Antwort Kenntnis genommen, die der Bundespräsident dem sowjetischen Geschäftsträger gab, nachdem dieser ihm die Gründe der russischen Intervention in der Tschechoslowakei bekanntgegeben hatte. - Die von uns zu fassende Resolution darf und muss deutlicher ausfallen als die Aeusserungen, die der Bundesrat in dieser Angelegenheit abgegeben hat. - Schliesslich möchte ich noch vorschlagen, der schweizerische Kurzwellendienst möge in Zukunft Sendungen auch in tschechischer Sprache aussenden. Hierbei soll es sich nicht um polemische Hetzereien handeln, sondern um objektive Berichterstattungen, wie dies Professor J.R. von Salis während des Zweiten Weltkrieges mit seinen Weltchroniken getan hat. Es würde damit einem generell geäusserten Wunsch des Fernsehsprechers des freien Studios Brünn in einer zweifellos nützlichen Art entsprochen.

Monsieur Chevallaz: J'aimerais d'abord remercier le Président de la Confédération de l'exposé très complet qu'il vient de nous présenter et féliciter également le Conseil fédéral tout comme le Département politique de la fermeté qu'ils ont manifesté en l'occurrence.

En relation avec le rapport du Président de la Confédération, je me permets quelques remarques qui ne sont certes pas des critiques mais peut-être des appréciations un peu moins optimistes. Je ne suis pas tout à fait convaincu que les événements actuels marquent une décadence du régime soviétique dans sa rigueur et son autoritarisme. Je pense, au contraire, que malgré certaines tendances plus libérales, ce régime connaîtra encore des périodes renouvelées de retour à la force; car, dans le communisme lui-même aussi bien que dans l'âme de la Russie, il subsiste une tradition d'autorité qui n'a rien à faire avec nos conceptions occidentales. Je doute aussi de l'efficacité de la résistance passive, celle-ci étant un exercice moral, le plus difficile que l'on puisse supporter. Ceux qui sont maintenant à la tête de l'Etat tchécoslovaque sont des communistes; en tant que tels ils n'ont aucun intérêt à libéraliser le système d'une façon qui pourrait remettre leurs fonctions en question. Il ne faut donc pas s'attendre à un compromis qui soit trop favorable aux tendances libérales du pays. - L'indignation ressentie en Suisse à l'égard des événements tchécoslovaques est normale; pourtant nous devons maîtriser nos nerfs. Je crains que ceux qui crient le plus fort ne soient aussi ceux qui, à d'autres moments, sont les premiers à hésiter pour consentir aux efforts pour la défense nationale. Je ne puis m'empêcher de rappeler l'exemple de ces pacifistes anglais des années trente qui demandaient simultanément des sanctions contre les fascistes et des mesures de désarmement en Grande-Bretagne. - La cohésion européenne doit être renforcée. C'est l'une des conséquences qu'il faut tirer de ces événements. On doit comprendre d'une façon plus positive les efforts de l'intégration en repoussant les réserves empreintes de scepticisme que nous avons ressenties jusqu'à présent à cet égard. - Il est clair que les échanges personnels et culturels ont contribué au dégel qui s'est fait remarquer ces derniers mois dans les pays satellites. Il s'agit là d'un objectif qu'il ne faudra pas perdre de vue malgré une certaine retenue qui s'impose dorénavant dans nos relations officielles avec les pays en question. Dans ce but, la rupture des relations diplomatiques me semble inadéquate.

- 32 -

Herr Tschäppät: Obwohl ich mit den Ausführungen des Bundespräsidenten grundsätzlich einiggehe, gestatte ich mir einige kritische Bemerkungen. Zunächst möchte ich festhalten, dass mir das Communiqué des Bundesrates vom 21. August etwas zu farblos erschienen ist. Ferner habe ich zur Kenntnis genommen, dass der Bundesrat bereits am Mittwoch (21.8.) beschlossen hat, eine grosszügige Asylpraxis gegenüber tschechoslowakischen Flüchtlingen zuzulassen; doch muss ich feststellen, dass die diesbezüglichen Aeusserungen des Bundeskanzlers am Fernsehen eine solche Hoffnung nicht erwarten liessen. Die eidgenössische Fremdenpolizei hat zudem am 21. August, noch nach der Sitzung des Bundesrates, in einem mir bekannten Fall von einer tschechoslowakischen Familie mit drei kleinen Kindern, die auf der Rückreise aus der Schweiz in Oesterreich steckengeblieben war, verlangt, dass diese vor einer erneuten Einreise in unser Land ein neues Visum in Prageinhole. - Wir erwarten, dass bei Eintreten solcher Ereignisse nicht nur der Bundesrat, sondern vor allem die Bundesverwaltung geistig sofort "umschaltet". Zu den Demonstrationen: Was in Bern passiert ist, musste passieren. Wir können die innere Erregung der Bevölkerung nicht einfach mit sanften Worten abdämpfen. Wir befürchten für diese Nacht neue Demonstrationen und versuchen deshalb, mit dem Mittel einer Schweigeminute etwas Ruhe in die Stadt zu bringen. Auf die Dauer wird es für uns sehr schwierig sein, die Bewachung der betreffenden Botschaften Tag und Nacht durchzuhalten. Ich danke dem Bundesrat, dass er sich bereiterklärt hat, uns ein Bataillon Soldaten zur Verfügung zu stellen. Doch haben wir auf diese Hilfe verzichtet, weil wir nicht glauben, mit Militär die Ruhe aufrechterhalten zu müssen. Vielmehr werden wir gegebenenfalls versuchen, die Jugendlichen selbst aufzufordern, den Wachtdienst zu übernehmen. Die Bevölkerung der Tschechoslowakei erwartet, dass jene des Westens ihr Sympathie kundtut. Die Demonstrationen haben in dieser Hinsicht eine eminent positive Bedeutung. Angesichts dieser Tatsache können wir nicht bloss "Polizei spielen".

Herr Lusser: Ich möchte dem Bundespräsidenten auch im Namen der ständerätlichen Kommission den besten Dank für seine ausgezeichnete Lagebeurteilung aussprechen. Persönlich gehe ich mit seiner Stellungnahme einig. Zum Communiqué des Bundesrates ist zu sagen, dass unsere

Landesbehörde zeigen musste, dass sie die Ruhe zu bewahren vermag. Wenn die Ausdrucksweise vielleicht noch akzentuierter hätte ausfallen können, so muss man doch bedenken, dass es für den Bundesrat nicht so leicht gewesen ist, gleich nach dem Eintreffen der Meldungen aus Prag als erster den richtigen Ton zu finden. Ich möchte dem Bundesrat danken, dass er beschlossen hat, die Flüchtlingshilfe in gleicher Weise wie anno 1956 zu organisieren. Welche Konsequenzen haben wir zu ziehen? Zweifellos müssen wir in Bezug auf den Atomsperrvertrag erst einige Zeit vorbeigehen lassen, bevor wir zu einer neuen Stellungnahme gelangen können. Nachdem die geringe Vertragstreue der Russen manifest geworden ist, würde eine Unterzeichnung des Vertrages im gegenwärtigen Zeitpunkt vom Volk sicher nicht verstanden werden. - Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit den Besetzungsstaaten, der mitunter in der Schweiz verlangt worden ist, scheint mir nicht eine richtige Massnahme zu sein. Doch ist nicht auszuschliessen, dass sich solch ein Schritt je nach Entwicklung der Lage aufdrängt. Es müsste dies aber wohl überlegt werden, denn ein Abbruch hätte für uns auch schwerwiegende negative Folgen. - Die Reaktion unseres Volkes ist erfreulich und zeigt, dass es, und vornehmlich die Jugend, noch begeisterungsfähig ist. Es ist uns wieder einmal bewusst geworden, welche Freiheitsrechte wir in der Schweiz geniessen und welche Verpflichtung uns damit auferlegt ist.

Herr Vontobel: Ein kleines Land ist von einer Grossmacht und ihren Satelliten brutal überfallen worden. Die Entrüstung hierüber ist allgemein. Wenn hierbei die Verurteilung dieses Ueberfalls durch die Behörden zu lahm ausgefallen ist, so erweisen sich die Reaktionen des Volkes als um so profilierter. Ich bedaure, dass von Bundesseite her nicht schärfer protestiert worden ist. Denn seit den Aggressionen des Hitler-Regimes ist dieser Fall nie mehr eingetreten. Im Gegensatz zu Ungarn hatte in der Tschechoslowakei keine Revolution stattgefunden; vielmehr handelte es sich um eine ideologische Entwicklung des gesamten Volkes. - Ich begrüsse deshalb, dass zumindest die aussenpolitischen Kommissionen zur Veröffentlichung einer Resolution bereit sind, wenn ich auch vorgezogen hätte, dass dies durch die Bundesversammlung anlässlich einer ausserordentlichen Sitzung geschehen wäre. Ich werde mir

- 34 -

eine abschliessende Stellungnahme je nach der Entwicklung der Lage vorbehalten. Der Ausgang der Krise ist ja noch keineswegs klar. Nachdem Svoboda mit allen Ehren in Moskau empfangen worden ist, ist nicht ausgeschlossen, dass sich hier irgend ein "Dreh" anbahnt, der den Sowjets erlaubt, ohne grossen Gesichtsverlust die Situation zu retten. - Ich würde es als richtig erachten, wenn öffentlich gesagt würde, dass es beim Vorliegen derartiger Uebergriffe fraglich wird, ob das Aufrechterhalten diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen mit den betreffenden Ländern noch sinnvoll ist. Mit einer derartigen Fragestellung ist der Abbruch der Beziehungen als solcher noch nicht befürwortet; doch würde solch eine öffentliche, in Frageform gekleidete Meinungsäusserung der Schweiz sicher einen bedeutsamen Widerhall finden. Allein, die neutrale Schweiz unternimmt nie etwas, was ihre geschäftlichen Beziehungen stören könnte Dies ist jedenfalls ihr Ruf. Doch bin ich mit dem Bundespräsidenten einig, der kürzlich ausgeführt hat, die Neutralität verpflichte nicht notwendigerweise zum Schweigen. Ich möchte mich deshalb für eine unzweideutige Abfassung der Resolution einsetzen.

Herr Graf: Die bisher getroffenen Massnahmen sind verdienstlich, zugleich aber verstehen sie sich von selbst. Die Schwierigkeit liegt darin, dem gegebenenfalls zu starken Druck der an sich wohlmeinenden Öffentlichkeit nicht zu unterliegen. Wenn etwa Dubcek standrechtlich erschossen wird, stellt sich die Frage, ob wir gegenüber der Öffentlichkeit die Beibehaltung der diplomatischen Beziehungen mit der UdSSR vertreten können. Um hier die richtigen Argumente zu finden, ist ein Vergleich mit Ungarn doch sehr aufschlussreich. Denn sollte es im Rahmen der geplanten "Disziplinierung" zu Kämpfen kommen, so wäre uns eine humanitäre Hilfeleistung, wie wir sie seinerzeit in Budapest über das IKRK in die Wege leiten konnten, nur möglich, falls wir mit der UdSSR diplomatische Beziehungen unterhalten. Auf diesem Gebiet könnten gewisse Massnahmen schon vorbereitet werden (via Kriegskommissariat, Oberfeldarzt etc.).

Monsieur Borel: En Suisse romande, l'attitude du Conseil fédéral a été généralement approuvée. On lui a su gré d'avoir mis au premier plan le souci du peuple suisse et non pas les préoccupations du gouvernement. A part cela, il y a eu relativement peu de démonstrations. En

- 35 -

ce qui me concerne, les réactions des petits pays m'ont particulièrement intéressé. Ainsi, le Danemark, en sa qualité de membre du Conseil de sécurité, a insisté sur la réunion immédiate de ce Conseil et c'est ce pays qui a déposé le projet de résolution condamnant l'agression soviétique. Pour déterminer notre propre position, il serait judicieux de s'inspirer des considérations qui figurent dans le projet danois de résolution présenté au Conseil de sécurité. Quant à nos relations - notamment culturelles - avec les pays de l'Est européen, il faut surtout considérer l'avenir mais sans nécessairement cacher son indignation à l'égard des événements actuels. Le peuple soviétique qui est, au fond, peu sûr de son système social, doit être encouragé dans ses tendances à la libéralisation par la voie de certaines relations avec les pays occidentaux. Il a été question de sanctions commerciales contre l'Union soviétique. A mon avis, ce serait là une faute que l'on ne doit pas commettre; car toute initiative de ce genre resterait une action isolée et serait donc vouée à l'échec. Quant à une éventuelle convocation de l'Assemblée fédérale et de l'Assemblée consultative du Conseil de l'Europe, il me semble que toute demande en ce domaine aurait dû être discutée entre les parties intéressées avant d'être formulée. En cas d'approbation, ce procédé aurait pu avoir des conséquences efficaces.

Herr Hofer: Mein Antrag, die Beratende Versammlung des Europarates einberufen zu lassen, basiert auf einer völlig andern Grundlage als der Vorschlag von Herrn Nationalrat Gerwig, die Bundesversammlung zu einer ausserordentlichen Sitzung nach Bern zu beordern. Ich bin nach reiflicher Ueberlegung und nach Konsultierung der schweizerischen Delegation zur Auffassung gelangt, als Präsident der Kommission der nichtvertretenen Völker Europas in dieser Weise handeln zu m ü s s e n . Denn der Zweck dieser Kommission ist es ja, jenen Völkern unseres Kontinents im Europarat eine moralische Präsenz zu verleihen, die, da sie unterdrückt werden, im Rat nicht selbst gegenwärtig sein können.

Herr Vogt: In einem Moment, da sich das gesamte Schweizer Volk einig ist, wäre es sicher verfehlt, die Parteien einzeln auftreten zu lassen; vielmehr sollte das Vorgehen koordiniert werden. Während hin-

sichtlich der Verurteilung des sowjetischen Vorgehens die Auffassungen einhellig sind, besteht eine Differenz bezüglich der zu ziehenden Konsequenzen. In diesem Punkt werden wir bei der Abfassung unserer Resolution einige Schwierigkeiten haben; lassen wir dieses Problem nämlich unberührt, so dürfte in der Bevölkerung ein nicht geringes Unbehagen entstehen. Vor allem sollte eine Differenz zwischen den aussenpolitischen Kommissionen einerseits und der Fraktionspräsidentenkonferenz andererseits vermieden werden. Bis zur Herbstsession der eidgenössischen Räte, zu deren Beginn, wie ich hoffe, die tschechoslowakische Krise zur Sprache gebracht wird, sollten verschiedene Probleme abgeklärt oder zumindest besprochen werden, nämlich: Koexistenz mit aggressiven Diktaturen, Neutralität gegenüber derartigen Verletzungen der Menschenrechte, Atomsperrvertrag, Notwendigkeit, unseren allfälligen UNO-Beitritt im Lichte der jüngsten Ereignisse neu zu überdenken, Teilnahme an der Olympiade u.a.m. - Noch eine andere Frage: Stimmt es, dass die sowjetische Botschaft in Bern 90 Personen beschäftigt? *) Wollen wir diesen Bestand, falls er so hoch sein sollte, in Zukunft weiterhin dulden?

Herr Hofer bricht mit dem Einverständnis der Kommissionen die allgemeine Aussprache ab, um die Abfassung des Resolutionstextes zur Sprache zu bringen.

*) Diese Frage kann wie folgt beantwortet werden:

Die sowjetische Botschaft in Bern beschäftigt folgendes Personal (26.8.68) :

Diplomaten:	18	(ohne den z.Z. abwesenden Botschafter)
Beamte u. Angestellte	38	(hiervon sind 19 bei der Représentation commerciale beschäftigt)

Total: 56

Dazu kommen 46 Ehefrauen und 1 Kind.

Die schweizerische Botschaft in Moskau beschäftigt folgendes Personal (26.8.68):

Diplomaten	3	(ohne den z.Z. abwesenden Botschafter)
Beamte u. Angestellte	14	

Total: 17

Dazu kommen 6 Ehefrauen und 9 Kinder.

Als Diskussionsgrundlage wird der folgende vom Sekretär des Departementsvorstehers vorgelegte Entwurf akzeptiert:

Die Kommissionen für Auswärtige Angelegenheiten des National- und Ständerates haben sich am 23. August unter dem Vorsitz von Nationalrat Walther Hofer und bei Anwesenheit von Bundespräsident Willy Spühler, Generalsekretär Pierre Micheli, Generalstabschef Paul Gygli und Botschafter Ernesto Thalmann zu einer ausserordentlichen Sitzung in Bern versammelt, um die durch die sowjetische Intervention in der Tschechoslowakei entstandene Lage zu besprechen. Der Bundespräsident schilderte den Kommissionen die tragischen Vorgänge der letzten Tage und verwies mit eindringlichen Worten auf den beunruhigenden Umstand, dass heute einmal mehr die Souveränität freiheitlich gesinnter Kleinstaaten in Frage gestellt wird, wenn sie sich den Interessen von stärkern Mächten nicht beugen. Er gab den Kommissionen alsdann von den vorsorglichen Massnahmen des Bundesrates Kenntnis, insbesondere von jenen zu Gunsten der Flüchtlinge, sowie von seiner Weisung, die Botschafter in den betroffenen Hauptstädten auf ihren Posten zu belassen und deshalb die Botschafterkonferenz dieses Jahres nicht durchzuführen. In der anschliessenden Diskussion verurteilten die Kommissionen scharf den unter sowjetischer Leitung stehenden, nicht provozierten und brutalen Angriff der Warschaupakt-Truppen auf den souveränen Staat der Tschechoslowakei, wobei sie besonders ihrer Verabscheuung darüber Ausdruck gaben, dass dreissig Jahre nach dem Einmarsch der nationalsozialistischen Armee wiederum deutsche Truppen, jene der DDR, am Ueberfall auf die Tschechoslowakei beteiligt sind. Die Kommissionen sprechen der Bevölkerung der Tschechoslowakei, die heldenhaft für die Sache der Freiheit und der Menschenrechte Zeugnis ablegt, ihre volle Anteilnahme aus und stellen fest, dass nur der unverzügliche und bedingungslose Abzug der Besetzungstruppen sowie die Freilassung der verhafteten Politiker die Souveränität der Tschechoslowakei wiederherzustellen vermag.

Nachdem Herr Pradervand gewünscht hatte, vor der definitiven Abfassung der Resolution über die gegenwärtige Lage in der Tschechoslowakei orientiert zu werden, gibt Herr Spühler den Kommissionen die letzten, dem Politischen Departement zugekommenen Meldungen bekannt.

Herr Hofer: Sachlich gesehen kann niemand von uns verlangen, dass wir in dieser Resolution über alle zu ziehenden Konsequenzen Auskunft geben; vielmehr ist eine Grundsatzklärung zu veröffentlichen. Hiefür scheint sich der vorliegende Entwurf unter dem Vorbehalt einiger Aenderungen zu eignen. So könnte ein Hinweis zu Gunsten des Parlamentarismus in der Tschechoslowakei eingefügt werden.

In einer Detaildiskussion einigt sich die Kommission auf den (diesem Protokoll beigefügten) Resolutionstext. Auf Vorschlag der Herren Hofer und Vontobel wird der Hinweis auf die DDR weggelassen. Herr Broger lässt eigens zu Protokoll bringen, dass er diese Streichung bedauert; er schlägt die folgende Formulierung vor:

".... wobei sie besonders ihrer Verabscheuung darüber Ausdruck gaben, dass dreissig Jahre nach dem Einmarsch der nationalsozialistischen Armee Truppen der DDR am Ueberfall auf die Tschechoslowakei beteiligt sind."

Der Vorschlag wird nicht akzeptiert. Zudem beschliessen die Kommissionen, aus "psychologischen" Gründen die Anwesenheit des Generalstabschefs unerwähnt zu lassen.

Die Herren Arnold und Luder, die sich noch während der allgemeinen Aussprache zum Wort gemeldet hatten, verzichten angesichts der vorgerückten Zeit auf ihre Voten.

Ende der Sitzung: 18.15

Anschliessend orientiert Herr Hofer die Bundeshauspresse.